

politicum

Josef Krainer Haus

Schriften

Sprache und Politik

22

Univ.-Prof. Dr. Heribert AIGNER
Institut für Alte Geschichte und
Altertumskunde, Universität Graz

Mag. Peter BERMANN
Pressereferent der Steirischen Volkspartei

Univ.-Doz. Dr. Wolfgang BERGSDORF
Privatdozent für politische Wissenschaft
an der Universität Bonn; Leiter der
Abteilung Inland im Presse- und
Informationsamt der deutschen
Bundesregierung in Bonn

Univ.-Ass. Dr. Hans-Peter GADLER
Institut für Sprachwissenschaft,
Universität Graz

Univ.-Prof. Dr. Dietmar
GOLTSCHNIGG
Institut für Germanistik, Universität Graz

Dr. Markus JAROSCHKA
Pädagogischer Leiter des
Volksbildungsheimes Retzhof, Literat

Univ.-Prof. Dr. Reinhard KAMITZ
Institut für Philosophie, Universität Graz

Dr. Elisabeth LEINFELLNER-
RUPERTSBERGER
Lecturer für Philosophie und Linguistik
an der Universität Lincoln, Nebraska,
U.S.A.

Univ.-Prof. Dr. Hermann LÜBBE
Professor für Philosophie und Politische
Theorie an der Universität Zürich;
Staatssekretär a. D. im Kultusministerium
von Nordrhein-Westfalen

Univ.-Prof. Dr. Wolfgang MANTL
Institut für Öffentliches Recht,
Politikwissenschaft und Verwaltungslehre,
Universität Graz

Univ.-Ass. Dr. Rudolf MUHR
Institut für Germanistik, Universität Graz

Univ.-Prof. Dr. Oswald PANAGL
Institut für Sprachwissenschaft,
Universität Salzburg

Angelika PREINDL
Studentin

Univ.-Prof. Dr. Kurt SALAMUN
Institut für Philosophie, Universität Graz

Univ.-Prof. Dr. Hans-Gerd SCHUMANN
Institut für Politikwissenschaft,
TH Darmstadt

Univ.-Prof. Dr. Anton SCHWOB
Institut für Germanistik, Universität Graz

Univ.-Prof. Dr. Svetozar STOJANOVIĆ
Professor für Philosophie und Soziologie
an der Universität Belgrad

Univ.-Prof. Dr. Ernst TOPITSCH
Institut für Philosophie, Universität Graz

Univ.-Prof. Dr. Kurt WEINKE
Institut für Philosophie, Universität Graz

Dr. Kurt WIMMER
Stellv. Chefredakteur der „Kleinen
Zeitung“

Dr. Hannes ZISCHKA
Freier Mitarbeiter der „Süd-Ost-
Tagespost“

Georg SCHMID
Illustrationen

Editorial

Kurt Salamun
Sprache, Politik und Moral

Wolfgang Mantl
Demokratische Verständigung

Hermann Lübbe
Sprache und Politik

Wolfgang Bergsdorf
Über die Schwierigkeiten des
politischen Sprechens in der
Demokratie

Hans-Gerd Schumann
Scheingefechte im
„Semantischen Krieg“

Rudolf Muhr
Thesen zur pragmalinguistischen
Beschreibung von Sprache
im politischen Kontext

Svetozar Stojanović
Die marxistische Sprache und die
Kritik zeitgenössischer
Ideologien

Heribert Aigner
Marginalien zum politischen Einsatz
der Sprache im Altertum

Anton Schwob
Propaganda, Suggestion und
Agitation in den politischen
Liedern Oswalds von Wolkenstein

Dietmar Goltschnigg
Hermetische Metaphorik und/oder
politisches Engagement? — Am Beispiel
der Lyrik Paul Celans

Ernst Topitsch
Sprache als plurifunktionales
Führungssystem

Reinhard Kamitz
Die Sprache der Politik

Elisabeth Leinfellner-Rupertsberger
„Politikolinguistik“ und die Wertfreiheit
der Wissenschaften

Hans-Peter Gadler
Nonverbale Elemente in politischen
Texten

Peter Bermann
Beeinflussung durch Sprache im
Rahmen politischen Handelns

Kurt Weinke
Über den Mißbrauch der Sprache
in der Politik

Oswald Panagl
Sprache und Politik am Beispiel der
österreichischen Regierungserklärungen
der 2. Republik

Angelika Preindl
Wie die Sprache in der Politik zur
Gefahr werden kann

Kurt Wimmer
Ausgewanderte Wirklichkeit

Hannes Zischka
Journalismus, Politik
und Sprache

Markus Jaroschka
Politikverlust &
Sprachverlust

arno c. hofer
kauderwelsch

Josef-Krainer-Haus-Schriften



Dezember 1984 / 5. Jahrgang

Noch erhältliche Nummern:
Heft 8 „Kunst und Politik“
Heft 9 „Familie und Politik“
Heft 10 „Sport und Politik“
Heft 12 „Hat die österreichische Wirtschaft eine
Zukunft?“
Heft 13 „Österreich: Die Zweite Republik im
Wandel“
Heft 16 „Neue Arbeit“
Heft 17 „Umwelt“
Heft 18 „Wie nahe ist 1984?“
Heft 19 „Genossenschaften: Grüne Selbsthilfe“
Heft 20 „Architektur und Politik“
Heft 21 „Medien und Politik“
Das Heft 5 „Hat Österreich seine Vergangenheit
bewältigt?“ wurde vom Verlag Styria neu aufgelegt
unter dem Titel: „Österreich 1934—1984,
Erfahrungen, Erkenntnisse, Besinnung“,
herausgegeben von Joseph F. Desput.
Herausgeber: Josef-Krainer-Haus.
Bildungszentrum der ÖVP Steiermark.
Medieninhaber: ÖVP Steiermark
Ständige Redaktion: Herwig Hösele, Ludwig Kapfer,
Dr. Manfred Prisching
Redaktion und Gestaltung dieser Nummer:
Univ.-Prof. Dr. Kurt Salamun und Mag. Peter
Bermann
Graphische Gestaltung und Illustrationen:
Georg Schmid
Hersteller:
Fotosatz + Offsetdruck Klampfer OHG., Weiz
Für den Vertrieb verantwortlich:
Ing. Karl Robausch und Helmut Wolf
Bestellungen an Josef-Krainer-Haus,
Pfeifferhofweg 28, 8045 Graz

Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates

Univ.-Prof. Dr. Alfred ABLEITINGER,
Univ.-Ass. Dr. Wolfgang BENEDEK,
Univ.-Prof. Dr. Christian BRÜNNER,
Prof. Dr. Karl A. KUBINZKY,
Univ.-Prof. Dr. Wolfgang MANTL,
Univ.-Prof. Dr. Norbert PUCKER,
Univ.-Prof. Dr. Kurt SALAMUN,
Univ.-Prof. Dr. Bernd SCHILCHER,
Univ.-Prof. Dr. Gerald SCHÖPFER,
Univ.-Prof. Dr. Wilfried SKREINER,
Univ.-Prof. Dr. Kurt WEINKE
Univ.-Prof. Dr. Franz WOLKINGER.

Offenlegung der Richtung im Sinne des Pressgesetzes:
„politicum“ versteht sich als Plattform der Diskussion im Gei-
ste jener größtmöglichen Offenheit und der tragenden Prinzi-
pien, wie sie im „Modell Steiermark“ vorgegeben sind.

THESEN ZUR PRAGMALINGUISTISCHEN BESCHREIBUNG VON SPRACHE IM POLITISCHEN KONTEXT

1. (Wertgeladene) Vorbemerkung

Die Durchsicht der Literatur zum Thema „Sprache der Politik“ hinterließ bei mir den Eindruck, daß diese in vielem mit einem mißratenen „Partycocktail“ vergleichbar ist, wo angesichts der fortgeschrittenen Stimmung der Beteiligten manch Unverträgliches zusammengemischt wurde. Je nach dem Grad der jeweiligen ideologischen Benebelung und der Belastbarkeit der Nerven ist die Mischung unterschiedlich verträglich, jedoch immer gleich schillernd.

Finden sich doch in eben dieser Literatur nicht wenige wissenschaftliche Arbeiten mit eindeutiger politischer Schlagseite und das von Wissenschaftlern, die die strikte Wertfreiheit auf ihre wissenschaftlichen Fahnen geschrieben haben. Vorgegangen wird dabei nach dem Motto, daß die gefährlichen Werte, Wertungen oder Umwertungen anderer aufgedeckt werden sollen, um die Demokratie, die Verfassung etc. zu schützen. In Wirklichkeit wird dabei jedoch nicht so sehr die Verfassung geschützt, sondern unter dem Deckmantel der Wertfreiheit wertende Wissenschaft betrieben, indem der vorgefaßte ideologische Standpunkt klammheimlich die Prämisse der Beschreibung und Bewertung abgibt. Das Ergebnis ist im vorgefaßten Sinne wertend und nicht geeignet, zur Klärung des Charakters politischer Sprache etwas beizutragen.

Ein Kompendium derartiger Arbeiten ist beispielsweise der Sammelband „Wörter als Waffen“ (Bergsdorf, 1979). Es gibt aber auch genug Beispiele auf der politischen Gegenseite, die jedoch von vornherein zugibt, „parteilich“ zu sein. Das Produkt ist den Umständen entsprechend und liegt gut dokumentiert in Arbeiten von Klaus (1976), Schmidt (1972) u.a. vor.

Die Beschäftigung mit politischer Sprache wird meiner Beobachtung nach meistens aus eindeutig parteilicher Sicht betrieben, um die Strategien des politischen Gegners aufdecken und durch eine darauf basierende Gegenstrategie neutralisieren zu können. Diese Vorgangsweise ist legitim, wenn sie innerhalb des parteilichen Rahmens

bleibt, wird aber im höchsten Maße anzweifelbar, wenn sie sich als objektive wissenschaftliche Erkenntnis ausgibt, wie dies etwa die Beiträge von Schelsky und Sontheimer in Bergsdorf (1979) tun. Das Ergebnis einer solchen Wissenschaft kann immer nur parteilich zum Zwecke der Absicherung der vorgefaßten politisch-ideologischen Position und Weltansicht sein.

Damit sei auch darauf hingewiesen, daß die Beschäftigung mit „politischer Sprache“, die Offenlegung der Untersuchungsprämissen und das Zurückziehen auf eine beschreibende Position verlangt, was zwar methodologische Selbstverständlichkeiten sind, angesichts der Forschungspraxis aber dennoch keine Selbstverständlichkeit zu sein scheint.

Aus Platzgründen werde ich meine Vorstellungen zum Thema „Sprache der Politik“ in Thesenform abfassen. Die detaillierte Besprechung der einzelnen Thesen ist einer späteren Publikation vorbehalten.

2. Thesen für eine pragmalinguistische Beschreibung politischer Sprache

2.1 Thesen zur Problematik der Beschreibung politischer Sprache im allgemeinen

1. Die Untersuchung politischer Sprache wirft in erhöhtem Maße das Problem nach dem gesellschaftspolitischen Standpunkt des Forschers auf. Im Sinne der Einleitung muß genau darauf geachtet werden, daß Sprache zuerst beschrieben wird und erst dann einer Bewertung unterworfen wird. Dabei ist es notwendig, daß der Untersuchende seine eigenen Prämissen — im Bereich gesellschaftspolitischer und sozialer Normen — offenlegt. Erst dann ist es dem Leser möglich, die Validität der Untersuchung zu überprüfen. Zugleich wird damit verhindert, daß Wissensermittlung von vornherein durch die Brille einer Ideologie betrieben wird.

2. Der Begriff „Sprache der Politik“ bzw. „politische Sprache“ ist ein terminologischer Fehlgriff vor dem Hintergrund einer bestimmten Sprachauffassung. Die dahinter stehende Sprachauffassung basiert auf der idealistischen Annahme, daß Sprache quasi als

für sich bestehendes Objekt bzw. für sich lebender Organismus betrachtet werden kann. Dieser Konzeption zufolge wird Sprache von den sinngebenden Faktoren — der Gesellschaft — getrennt untersucht. Eine entsprechende Bezeichnung wäre „Sprache im politischen Kontext“.

3. Im Rahmen der Untersuchung der (im folgenden verkürzt so bezeichneten) politischen Sprache stellen sich drei Grundprobleme: 1) Das Abgrenzungsproblem, 2) Das Definitionsproblem und 3) Das Bewertungsproblem.

2.2 Thesen zum pragmalinguistischen Beschreibungsrahmen

1. Sprache ist das wesentlichste Mittel sozialen, kommunikativen Handelns, das innerhalb bestimmter sozialer Situationen im Zusammenwirken mit bestimmten Kommunikationspartnern stattfindet.

2. Im Mittelpunkt einer pragmalinguistischen Beschreibung politischer Sprache steht nicht die Sprache, sondern das Kommunikationsereignis. Die Rahmenbedingungen der Kommunikation und damit des sprachlichen Handelns müssen in die Analyse einbezogen werden, da erst sie eine stichhaltige Beschreibung und Erklärung zulassen.

3. Im Mittelpunkt der pragmalinguistischen Analyse steht somit der politisch handelnde Sprecher, der bestimmte Kommunikationsabsichten verfolgt und diese vor dem Hintergrund eines bestimmten politischen Systems zu erreichen trachtet.

4. Politische Kommunikation unterscheidet sich daher nicht prinzipiell von alltäglicher Kommunikation. Eine Beschreibung der pragmatischen Voraussetzungen politischer Kommunikation in einem Land ist zugleich eine Beschreibung politischer und sozialer Normen, die in diesem Land gültig sind.

2.3 Thesen zur Abgrenzungsproblematik politischer Sprache

1. Der soziale Rahmen, in dem politische Sprache eingebettet ist, ist die Politik, die linguistisch als **Domäne** zu bezeichnen ist. Diese ist eine institutionalisierte Form gesellschaftlichen und sprachlichen Handelns. Politische Sprache und Kommunikation sind im wesentlichen daher institutionelle

Sprache und Kommunikation und müssen daher von nicht-politischen Formen institutionellen Handelns abgegrenzt werden.

2. Politische Sprache/politisches Sprechen will a) überregional verständlich sein und ist b) im wesentlichen an der standardsprachlichen, kodifizierten Norm orientiert. Diese Variante unterscheidet sich aufgrund der Funktion, die politisches Handeln im Rahmen demokratischer Systeme hat — es gilt die Wähler zu überzeugen —, von anderen institutionellen Sprachvarianten durch stark appellative, persuasive und emotiv gefärbte Sprachverwendungsweisen.

3. Im Zentrum politischen Handelns steht der Erhalt bzw. Erwerb der Macht, sodaß Sprache als Handlungsinstrument zum Mittel des Erwerbs bzw. Erhalts von Macht wird.

4. Dies erfolgt im Rahmen öffentlicher Kommunikation, wobei im Gegensatz zu anderen Formen öffentlicher Kommunikation Konflikte öffentlich ausgetragen werden müssen, verbale Aggressionen Grundbestandteil der Interaktion sind und auch Tabuthemen angerührt werden, um den politischen Gegner in Nachteil zu bringen bzw., um Bedürfnisse von Bevölkerungsgruppen ins allgemeine Bewußtsein zu rücken.

5. Aufgrund der Bedingungen der parlamentarischen Demokratie sind die Politiker und sonstigen politisch Handelnden gezwungen, ihre Entsendung ins Parlament durch die Wähler legitimieren zu lassen und die Interessen ihrer Bevölkerungsgruppen bzw. der Allgemeinheit durch Diskussion zu vertreten sowie die beste Lösung für alle zu finden.

6. Politische Sprache und Kommunikation zerfällt daher in verschiedene Teilbereiche, da der Politiker sowohl um seine Vertretung werben muß, als auch Vorschriften machen kann, wenn er an die Macht gelangt ist. In der bis-

herigen Forschung wurde immer nur der werbende, agierende Aspekt politischer Sprache und Kommunikation betont, was aber eine Verkürzung darstellt.

2.4 Thesen zur Definitionsproblematik politischer Sprache

1. Politische Sprache und Kommunikation dient im Sinne politischer Vertretung dazu, die jeweiligen partiellen Gruppeninteressen durchzusetzen.

Erst wenn dies der Fall ist, gilt die Entsendung ins Parlament als legitimiert und die Wahl als gerechtfertigt.

2. Bei den Interessen gesellschaftlicher Gruppen handelt es sich um Werte, die auf verschiedenen Ebenen angesiedelt sind, prinzipiell jedoch Grundbedürfnisse des einzelnen und Werte zum Erhalt bzw. zur Erlangung eines bestimmten sozialen Status sind.

3. Primäre Funktion von Sprache im politischen Kontext ist es, bewertend zu sein, um die Wähler davon zu überzeugen, daß ihre Werte durch die Abgabe der Stimme erfüllt und gesichert werden. Das Verhalten von an der Macht befindlichen und nicht an der Macht befindlichen Gruppen ist komplementär, da die eine Seite möglichst die positiven Seiten hervorstreicht, während die Gegenseite die negativen Aspekte betont.

4. Dies geschieht vor dem Hintergrund ideologischer Systeme, die als gesellschaftspolitische Deutungssysteme sowohl Raster der Wahrnehmung, als auch Orientierung für gesellschaftliches Verhalten sind. Sprache im politischen Kontext kann daher nicht wertfrei und normunabhängig sein, sondern ist per definitionem wertgeladen und normorientiert.

5. Politische Sprache und politische Kommunikation ist nicht so der Kampf um Worte, sondern der Kampf um die zutreffenderen Wertungen, da diese — das gegenwärtige politische System parlamentarischer Demokratie

vorausgesetzt — darüber entscheiden, wer die Verfügungsgewalt über die Macht im Staat übertragen bekommt.

6. Politisches Handeln ist nur dann von vornherein manipulativ, wenn man dem politischen Gegner prinzipiell unterstellt, daß seine Normen und Interessen schlecht sind und er die Allgemeinheit über die Qualität derselben zu täuschen beabsichtigt.

7. Grundlage politischer Sprache und Kommunikation ist daher die Verwendung einer Vielzahl wertender Ausdrücke, mit deren Hilfe der Sprecher seine Beziehung zu einem Sachverhalt ausdrückt.

8. Bewertungen und Bewertungsausdrücke sind Einstufungen eines Sachverhalts hinsichtlich der Entsprechung auf die vertretenen Werte und Normen. Das Verwerfen oder Annehmen einer Bewertung bzw. eines Bewertungsausdrucks ist daher zugleich der Rückgriff auf ein Normensystem, das in diesem Fall gesellschaftspolitisch und sozial ausgerichtet ist.

2.5 Die Bewertungsproblematik politischer Sprache und Kommunikation

1. Eine Bewertung politischer Sprache und Kommunikation ist davon abhängig, welche Normensysteme man in bezug auf Kommunikation und Sprache im allgemeinen vertritt. Für die Beurteilung wesentlich sind darüber hinaus auch noch der gesellschaftspolitische und ideologische Standpunkt sowie allgemeine soziale Normen.

2. Abgesehen davon muß der Bewertung politischer Sprache und politischer Kommunikation das Normensystem kommunikativer Ethik zugrundegelegt werden.

Damit meine ich, daß politische Sprache und politisches Handeln so gut ist wie sehr diese sachorientiert und überprüfbar bleibt, ohne dabei den politischen Gegner zum Unmenschen zu machen, da diese das Gegenteil demokratischen Verhaltens wäre.

